S 46 SO 625/19

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Sozialgericht München
Sachgebiet	Sozialhilfe
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 46 SO 625/19
Datum	10.03.2022

2. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	-

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Â

I. Die Klage wird abgewiesen.

II. Der Klger hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

III. Der Streitwert wird auf 17.670,56 Euro festgesetzt.

T a t b e s t a n d :

Der Klger, ein Einrichtungstrger, begehrt vom beklagten Sozialhilfetrger trotz einer bestandskrftigen Leistungsablehnung gegenber dem Hilfeempfnger die bernahme der Kosten in Hhe von 17.670,56 Euro, die fr dessen Aufenthalt in seiner Einrichtung entstanden sind.

Der Klger betreibt die stationre Einrichtung M3 (AMH) in M4-Stadt zur Versorgung von Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten. Hierfr schlossen die Beteiligten die Leistungsvereinbarung vom 27.08.2014 zur Festlegung von Inhalt, Umfang und Qualitt der Leistungen nach [75](#) ff SGB XII. Im

Rahmen der inhaltlichen Angaben wurde die Zielgruppe festgelegt. In dem Unterpunkt Aufnahmekriterien und -voraussetzungen werden folgende Punkte aufgezählt:

- * Zugehörigkeit zum Personenkreis nach SGB XII [Â§ 67](#),
 - * Persönliches Vorstellungsgespräch mit Hausführung,
 - * Sozialpädagogische Abklärung der Notwendigkeit einer stationären Aufnahme bzw. Abklärung der Kostenträgerschaft gemäß Bayreuther Vereinbarung,
 - * Die Aufnahme setzt die Anwendung des gültigen Hilfeplanverfahrens für die Wohnungslosenhilfe des Bezirks Oberbayern voraus,
 - * Möglichst unmittelbare Aufnahme bei positiver Entscheidung,
 - * Klärung möglicher Ansprüche,
 - * Medizinische Erstuntersuchung,
 - * Erhebung der Erst-Anamnese und
 - * Erkennbare Bereitschaft zur Suchtmittelfreiheit innerhalb der Einrichtung.
- Daneben besteht eine Vergütungsvereinbarung zwischen den Beteiligten.

Der Kläger zeigte dem Beklagten am 26.11.2018 die Aufnahme des am 1967 geborenen Herrn L. (kroatisch L) an. L ist kroatischer Staatsbürger. Am 06.12.2018 wurde ein formlicher Antrag nachgereicht. Am 19.12.2018 fragte der Kläger beim Beklagten per E-Mail an, ob die Unterlagen vollständig seien. Am 09.01.2019 wurde ein Hilfeplan vorgelegt und Unterlagen zur Krankenversicherung. Am 16.01.2019, 12.02.2019 und 27.02.2019 fragte der Kläger per E-Mail an, wie es mit der Kostenübernahme aussehe. Am 07.03.2019 teilte der Beklagte dem Kläger mit, dass er zur abschließenden Bearbeitung einen Nachweis zum aufenthaltsrechtlichen Status von L benötige. Mit Schreiben vom 07.03.2019 erkundigte sich der Beklagte bei der Ausländerbehörde nach dem aufenthaltsrechtlichen Status von L. Mit E-Mail vom 12.03.2019 wies der Kläger auf den Status von L als EU-Bürger hin. Am 09.04.2019 zeigte der Kläger dem Beklagten an, dass L am 03.04.2019 eine ganztägige Arbeit als Hausmeister aufgenommen hatte. Mit Schreiben vom 02.05.2019 an den Kläger legte der Beklagte dar, dass [Â§ 23 Abs. 3 SGB XII](#) einer Leistungsbewilligung für die Zeit bis zur Arbeitsaufnahme entgegenstehe.

Mit Bescheid vom 24.05.2019 bewilligte der Beklagte für L Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten in der Einrichtung AMH für die Zeit ab 03.04.2019. Mit Schreiben vom 24.05.2019 wandte sich der Beklagte nochmals an die Ausländerbehörde.

Mit Bescheid vom 13.09.2019 lehnte der Beklagte die Gewährung von Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten für die Zeit von 26.11.2018 bis 02.04.2019 gegenüber L ab. Es bestehe ein Leistungsausschluss nach [Â§ 23 Abs. 3 SGB XII](#). Dieser Bescheid wurde von L nicht angefochten. Der Kläger teilte dem Beklagten mit Schreiben vom 21.10.2019 mit, dass der Kläger mit der getroffenen Entscheidung nicht einverstanden sei.

Der Kläger erhob am 17.12.2019 Klage zum Sozialgericht München auf Zahlung von 17.670,56 Euro nebst Zinsen. Der Beklagte habe diesen Betrag für die Leistungen, die der Kläger an L erbracht habe, zu zahlen.

Aufgrund der geschlossenen Leistungsvereinbarung nach [Â§Â§ 75 ff SGB XII](#) bestÃ¼nden wechselseitige Verpflichtungen, der KlÃ¤ger habe eine Aufnahmeverpflichtung, der Beklagte eine Verpflichtung zur unverzÃ¼glichen Entscheidungsfindung. Die AbklÃ¤rung der KostentrÃ¤gerschaft und die PrÃ¼fung der ZugehÃ¶rigkeit des jeweiligen Antragstellers zum Personenkreis nach [Â§ 67 SGB XII](#) sei ausdrÃ¼cklich Gegenstand der Vereinbarung und obliege naturgemÃ¤Ã dem Beklagten als LeistungstrÃ¤ger. Entweder bestehe eine unmittelbare Pflicht des Beklagten zur unverzÃ¼glichen Entscheidung oder es sei eine entsprechende vertragliche Nebenpflicht nach [Â§ 61 SGB X](#) i.V.m. [Â§ 241 Abs. 2 BGB](#). In Handlungsleitlinien der Wohnungslosenhilfe vom 11.07.2011 werde eine Entscheidungsfindung mÃ¶glichst innerhalb von zwei Wochen befÃ¼rwortet. In Ziffer 4.3.3 der Gemeinsamen Richtlinie der bayerischen Bezirke zu [Â§Â§ 67 bis 69 SGB XII](#) werde eine vorlÃ¤ufige Ã¶rtliche ZustÃ¤ndigkeit festgelegt fÃ¼r den Fall, dass nicht innerhalb von vier Wochen feststeht, ob Nichtsesshaftigkeit vorliegt. Es bestehe deshalb ein Zahlungsanspruch des KlÃ¤gers unabhÃ¤ngig von einem Leistungsanspruch der betroffenen Person.

Die betroffenen Personen entsprechend der Leistungsvereinbarung erst aufzunehmen, wenn die Kostenzusage vorliege, sei nicht die gelebte Praxis. Es kÃ¶nnte dann keine Beteiligung der Einrichtung an der Ermittlung des Sachverhalts und der Antragstellung erfolgen. Manche HilfebedÃ¼rftige wÃ¼rden dann die Hilfe nicht erhalten. Die Sozialhilfe habe gemÃ¤Ã [Â§ 18 SGB XII](#) mit Kenntnis des Hilfebedarfs einzusetzen. Wenn ein Hilfebedarf und ein Anspruch bestehen, aber erst eine Kostenzusage abgewartet werden mÃ¼sse, wÃ¼rde ein Leistungsanspruch bis dahin rechtswidriger Weise unerfÃ¼llt bleiben. Aus diesen GrÃ¼nden erfolge zuerst die Aufnahme in die Einrichtung und dann werde die KostenÃ¼bernahme geklÃ¤rt. Die Einrichtung kÃ¶nne aber nicht regelmÃ¤Ãig und vollstÃ¤ndig das Risiko tragen, dass kein Leistungsanspruch bestehe und dann auch keine Kosten Ã¼bernommen werden. Dies gelte jedenfalls dann, wenn zwischen Antrag und Entscheidung mehr als vier Monate vergangen seien. Zumindest habe der Beklagte ggf. sofort mitzuteilen, dass ein Leistungsanspruch nicht gesehen werde und daher die Aufnahme auf eigenes Risiko der Einrichtung erfolge.

Der Zahlungsanspruch kÃ¶nne sich auch aus einer GeschÃ¤ftsfÃ¼hrung ohne Auftrag (GoA) ergeben oder einem Schadensersatzanspruch aus [Â§ 61 SGB X](#) i.V.m. [Â§ 280 Abs. 1 BGB](#).

Ein Verweisungsbeschluss des Sozialgerichts an das Landgericht wurde vom Landessozialgericht aufgehoben und der Rechtsweg zu den Sozialgerichten bejaht.

Der KlÃ¤ger beantragt, den Beklagten zu verurteilen, an den KlÃ¤ger 17.670,56 Euro zuzÃ¼glich Zinsen in HÃ¶he von 5 %-Punkten Ã¼ber dem Basiszinssatz seit RechtshÃ¤ngigkeit zu zahlen.

Der Beklagte beantragt, die Klage abzuweisen.

Der Beklagte verweist darauf, dass sich aus den abstrakt-generellen

Vereinbarungen nach [Â§Â§ 75 SGB XII](#) ein Zahlungsanspruch nicht herleiten lasse. Zur BegrÃ¼ndung eines SchuldverhÃ¼ltnisses bedÃ¼rfte es eines Schuldbeitritts zur individuellen Zahlungspflicht einer leistungsberechtigten Person durch Bewilligungsbescheid. Die Leistung gegenÃ¼ber L sei zurecht abgelehnt worden wegen [Â§ 23 Abs. 3 SGB XII](#). Ein Anspruch aus GoA kÃ¶nne nicht bestehen, weil der KlÃ¤ger kein GeschÃ¤ft des Beklagten besorgt habe. Der Beklagte habe durch die Leistung des KlÃ¤gers auch nichts erlangt im Rahmen eines Ã¶ffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruchs, weil L keinen Leistungsanspruch gehabt habe.

E n t s c h e i d u n g s g r Ã¼ n d e :

I. Die Klage ist zulÃ¤ssig, aber nicht begrÃ¼ndet. Der KlÃ¤ger hat keinen eigenstÃ¤ndigen, von einer Bewilligung gegenÃ¼ber dem HilfeempfÃ¤nger L unabhÃ¤ngigen, Anspruch auf Ãbernahme der Kosten fÃ¼r die an L erbrachten Leistungen.

Das Landessozialgericht hat den Rechtsweg zu den Sozialgerichten bindend festgestellt. Der KlÃ¤ger macht im Sinne der Klagebefugnis eigene Rechte geltend.

Die Klage ist als echte Leistungsklage nach [Â§ 54 Abs. 5](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG) erhoben. Danach kann mit der Klage die Verurteilung zu einer Leistung, auf die ein Rechtsanspruch besteht, auch dann begehrt werden, wenn ein Verwaltungsakt nicht zu ergehen hat. Nach der Rechtsprechung des BSG entsteht im Rahmen des sog. sozialhilferechtlichen DreieckverhÃ¼ltnisses (grundlegend BSG, Urteil vom 28.10.2008, [B 8 SO 22/07 R](#)) ein Zahlungsanspruch eines EinrichtungstrÃ¤gers (oder eines ambulanten Dienstes) dann, wenn durch Bewilligung gegenÃ¼ber dem HilfeempfÃ¤nger ein Schuldbeitritt zur zivilrechtlichen Zahlungsverpflichtung des HilfeempfÃ¤ngers gegenÃ¼ber der Einrichtung bzw. dem Dienst erfolgt. Die Einrichtung erwirbt durch den Verwaltungsakt einen zivilrechtlichen Zahlungsanspruch gegenÃ¼ber der SozialhilfebehÃ¶rde. Der KlÃ¤ger behauptet keinen Schuldbeitritt, sondern einen Zahlungsanspruch im Rahmen eines gleichgeordneten VertragsverhÃ¼ltnisses unabhÃ¤ngig von diesem Verwaltungsakt. Dies ist im Rahmen einer echten Leistungsklage in der BegrÃ¼ndetheit der Klage zu prÃ¼fen.

II. Die Klage ist unbegrÃ¼ndet, weil ein Zahlungsanspruch nicht besteht. Es fehlt an einer gesetzlichen Grundlage hierfÃ¼r.

1. Die Frage, ob in dieser strittigen Zeit ein Leistungsanspruch des Herrn L bestand oder nicht, ist durch den bestandskrÃ¤ftigen Ablehnungsbescheid vom 13.09.2019 bindend verneint. Damit besteht kein Zahlungsanspruch aus dem sozialhilferechtlichen DreiecksverhÃ¼ltnis.

2. Ein Anspruch aus GeschÃ¤ftsfÃ¼hrung ohne Auftrag (GoA) gemÃ¤Ã [Â§ 61 SGB X](#) i.V.m. [Â§Â§ 677 ff BGB](#) kann nicht bestehen, weil diese Regelungen nach der Risikoordnung der [Â§Â§ 75](#) ff SGB X im sozialhilferechtlichen DreiecksverhÃ¼ltnis grundsÃ¤tzlich nicht anwendbar sind (BSG, Urteil vom 25.09.2014, [B 8 SO 8/13 R](#), Rn. 20; abweichende Sonderregelungen vgl. Palandt, BGB, 76. Auflage 2017, [Â§ 677](#)

Rn. 7a).

3. Ein Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch analog [Â§Â§ 812 ff BGB](#) besteht nicht, weil der Beklagte durch die Leistungen des KlÃ¤gers an L nichts erlangt hat und keine Aufwendungen erspart hat. Der Ablehnungsbescheid vom 13.09.2019 stellt verbindlich fest, dass fÃ¼r die strittige Zeit keine Leistungspflicht des Beklagten gegenÃ¼ber L bestand.

4. Unmittelbar aus den Vereinbarungen nach [Â§Â§ 75 ff SGB XII](#) ergibt sich kein Zahlungsanspruch (BSG, Urteil vom 20.09.2012, [B 8 SO 20/11 R](#), Rn. 12). In diesen VertrÃ¤gen wird lediglich ein Rahmen fÃ¼r die generelle Leistungserbringung und VergÃ¼tung gesetzt, kein Anspruch im Einzelfall begrÃ¼ndet (laut BSG NormvertrÃ¤ge, BSG, Urteil vom 08.03.2017, [B 8 SO 20/15 R](#), Rn. 20).

Die Bedeutung von [Â§ 75 Abs. 6 SGB XII](#), der ab 01.01.2020 dem Leistungserbringer einen VergÃ¼tungsanspruch einrÃ¤umt, kann hier dahinstehen, weil der Leistungszeitraum davorlag (es spricht aber einiges dafÃ¼r, dass es beim sozialhilferechtlichen DreiecksverhÃ¤ltnis bleibt und der Leistungserbringer nunmehr einen Öffentlich-rechtlichen Zahlungsanspruch beim Sozialgericht geltend machen kann).

5. Der KlÃ¤ger macht keinen unmittelbaren Zahlungsanspruch geltend, der mangels Bewilligungsbescheid und aufgrund der Vereinbarungen als solche, wie eben dargelegt, nicht bestehen kann. Er beruft sich auf die Verletzung einer vertraglichen Haupt- oder Nebenpflicht aus den Vereinbarungen.

In der tatsÃ¤chlichen Praxis sei es notwendig, Hilfesuchende in die Einrichtung aufzunehmen, bevor eine Bewilligungsentscheidung vorliege. Dies sei aufgrund des spezifischen Hilfebedarfs und der notwendigen AntragsbegrÃ¼ndung in Zusammenarbeit mit dem Hilfesuchenden unvermeidbar. Damit werde dem EinrichtungstrÃ¤ger das Risiko auferlegt, trotz Leistung keine Bezahlung zu erhalten, wenn sich im Laufe des Verwaltungsverfahrens herausstellt, dass ein Leistungsanspruch nicht besteht. Dieses Risiko vergrÃ¶Ã¶ert sich, desto lÃ¤nger das Verwaltungsverfahren dauert. Deshalb bestehe die Pflicht oder Nebenpflicht des Beklagten, zÃ¼gig zu entscheiden. Diese Pflicht bilde sich in den Handlungsleitlinien der Wohnungslosenhilfe und in der Gemeinsamen Richtlinie zu [Â§Â§ 67 â 69 SGB XII](#) ab. Diese Pflicht habe der Beklagte hier verletzt entsprechend [Â§ 61 SGB X](#) i.V.m. [Â§ 241 Abs. 2](#), [Â§ 280 Abs. 1 BGB](#). Daraus ergebe sich der Zahlungsanspruch des KlÃ¤gers fÃ¼r die strittige Zeit von 26.11.2019 bis 02.04.2019.

ZunÃ¤chst ist anzumerken, dass entsprechend der Argumentation des KlÃ¤gers, dass nicht die Ã¼bliche, sondern die Ã¼berlange Bearbeitungszeit die Pflichtverletzung war, die Ã¼bliche Bearbeitungszeit aus der Forderung herauszunehmen wÃ¤re. Sodann ist festzuhalten, dass sich die Entscheidung des Beklagten nach Einreichung des fÃ¼rmlichen Antrags am 06.12.2018 nur formal bis zum Ablehnungsbescheid vom 13.09.2019 verzÃ¶gert hatte. Bereits mit dem Bewilligungsbescheid vom 24.05.2019 fÃ¼r die Zeit ab 03.04.2019 war das Risiko

des KlÄxgers auf die Zeit zwischen 26.11.2018 bis 02.04.2019 begrenzt.

Die Vereinbarungen nach [Â§Â§ 75 SGB XII](#) sind Äffentlich-rechtliche VertrÄxge und deshalb grundsÄxtzlich [Â§Â§ 53 SGB X](#) anwendbar (BSG, Urteil vom 08.03.2017, [B 8 SO 20/15 R](#), Rn. 20). Nach [Â§ 61 SGB X](#) gelten die Vorschriften des BGB ergÄxzend und nur soweit die Vorschriften des Sozialgesetzbuchs nichts Abweichendes regeln.

Es ist zweifelhaft, dass aus den Vereinbarungen nach [Â§ 75 SGB XII](#) ein SekundÄxanspruch, etwa auf Schadensersatz nach [Â§ 280 Abs. 1 BGB](#) abgeleitet werden kann, wenn schon ein PrimÄxanspruch daraus von vornherein ausgeschlossen ist. Ein Zahlungsanspruch ist aber auch aus anderen GrÄ¼nden abzulehnen.

Es liegt schon keine (Neben-)Pflichtverletzung vor. Nach den Vorgaben der Leistungsvereinbarung hat die Aufnahme erst nach der positiven Bewilligungsentscheidung zu erfolgen. Dies ergibt sich eindeutig aus den Aufnahmekriterien und -voraussetzungen unter âmÄ¼glichst unmittelbare Aufnahme bei positiver Entscheidungâ. Damit fÄ¼llt das Risiko fÄ¼r eine Aufnahme vor einer Bewilligung insgesamt in den Bereich des KlÄxgers. Das gilt ungeachtet einer VerzÄ¼gerung der Entscheidung. Soweit die behÄ¼rdeninternen Richtlinien auf eine Beschleunigung der Entscheidung ausgerichtet sind, dient das nicht der Minderung des Risikos des KlÄxgers, das dieser laut der Vereinbarung gar nicht eingehen soll, sondern dem Interesse des HilfebedÄ¼rftigen an einer baldigen Hilfeerbringung.

Wenn die Vereinbarungen nach [Â§ 75 ff SGB XII](#) die tatsÄ¼chliche Praxis nicht abbilden und dadurch ein erhebliches finanzielles Risiko fÄ¼r den KlÄxger entsteht, kann der KlÄxger gemÄ¼Ã [Â§ 77 SGB XII](#) wÄ¼hrend oder nach Ablauf des Vereinbarungszeitraums mit dem Beklagten in Verhandlungen treten, um risikoangemessene Regelungen anzustreben.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 197a Abs. 1 Satz 1 SGG](#) i.V.m. [Â§ 154 Abs. 1 VwGO](#). Der Streitwertbeschluss beruht auf [Â§ 197a Abs. 1 Satz 1 SGG](#) i.V.m. [Â§ 52 Abs. 3 GKG](#) (bezahlte Geldleistung, gemÄ¼Ã [Â§ 43 Abs. 1 GKG](#) ohne Zinsen).

Â

Â

Â

Â

Â

Erstellt am: 21.03.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024